

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0553/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	29.03.2019
		Verfasser:	
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 06.03.2019 (öffentlicher Teil)			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
10.04.2019	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 06.03.2019 (öffentlicher Teil).

Philipp

Oberbürgermeister

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 06.03.2019 (öffentlicher Teil).

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Aachen

4. April 2019

Sitzungstermin: Mittwoch, 06.03.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Oberbürgermeister Marcel Philipp

Vorsitzender

Bürgermeisterin Hilde Scheidt

Ratsherr Simon Adenauer

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsherr Harald Baal

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Aida Beslagic-Lohe

Ratsherr Georg Biesing

Ratsherr Peter Blum

Ratsfrau Uschi Brammertz

Ratsherr Holger Brantin

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Ferdinand Corsten

Ratsherr Patrick Deloie

Ratsherr Ralf Demmer

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsfrau Ursula Epstein

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Alexander Gilson

Ratsfrau Ulla Griepentrog
Ratsherr Wilhelm Helg
Ratsfrau Rosa Höller-Radtke
Ratsherr Klaus-Dieter Jacoby
Ratsfrau Fabia Kehren
Ratsfrau Eleonore Keller
Ratsfrau Maria Keller
Ratsherr Rolf Kitt
Ratsfrau Nathalie Koentges
Ratsherr Christian Krenkel
Ratsherr Bernd Krott
Ratsherr Manfred Kuckelkorn
Ratsherr Ernst-Rudolf Kühn
Ratsfrau Lisa Lang
Ratsfrau Dr. Elisabeth Lassay
Ratsherr Jörg Hans Lindemann
Ratsherr Boris Linden
Ratsherr Lars Lübben
Ratsfrau Iris Lürken
Ratsfrau Mara Lux
Ratsherr Harro Mies
Ratsfrau Sigrid Moselage
Ratsherr Hans Müller
Ratsherr Kaj Neumann
Ratsherr Wolfgang Palm
Ratsherr Hermann Josef Pilgram
Ratsfrau Hildegard Pitz
Ratsfrau Claudia Plum
Ratsfrau Adelheid Pulinna
Ratsherr Udo Pütz
Ratsfrau Sibylle Reuß
Ratsfrau Sevgi Sakar
Ratsherr Markus Schmidt-Ott
Ratsherr Jürgen Schmitz
Ratsherr Karl Schultheis

Ratsherr Michael Servos
Ratsfrau Melanie Astrid Seufert
Ratsherr Karl-Heinz Starmanns
Ratsherr Peter Tillmanns
Ratsherr Jakob von Thenen

Abwesende:

Bürgermeister Norbert Plum	- entschuldigt -
Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer	- entschuldigt -
Ratsherr Manfred Bausch	- entschuldigt -
Ratsherr Friedrich Beckers	- entschuldigt -
Ratsherr Josef Hubert Bruynswyck	- entschuldigt -
Ratsherr Dieter Claßen	- entschuldigt -
Ratsherr Achim Ferrari	- entschuldigt -
Ratsherr Heiner Höfken	- entschuldigt -
Ratsherr Markus Mohr	- entschuldigt -
Ratsfrau Daniela Parting	- entschuldigt -
Ratsherr Jonas Paul	- entschuldigt -
Ratsherr Michael Rau	- entschuldigt -
Ratsfrau Ye-One Rhie	- entschuldigt -
Ratsherr Marc Teuku	- entschuldigt -
Ratsfrau Ulla Thönnissen	- entschuldigt -
Ratsherr Gunter von Hayn	- entschuldigt -
Ratsfrau Dr. Heike Wolf	- entschuldigt -

Stimmzähler:

Ratsfrau Pulinna und Ratsherr Kitt

von der Verwaltung:

Frau Grehling	Stadtdirektorin, Dezernat II
Herr Dr. Kremer	Beigeordneter, Dezernat V
Frau Schwier	Beigeordnete, Dezernat IV
Herr Prof. Dr. Sicking	Beigeordneter, Dezernat VI

Herr Berg	Fachbereich Verwaltungsleitung
Herr Büttgens	Fachbereich Presse und Marketing
Herr Eidams	Fachbereich Finanzsteuerung
Herr Guth	Dezernat II
Herr Hermanns	Fachbereich Steuern und Kasse
Herr Kemperdick	Fachbereich Immobilienmanagement
Frau Lammers	Fachbereich Recht und Versicherung
Herr Lohe	Fachbereich Verwaltungsleitung
Herr Ludwig	Fachbereich Rechnungsprüfung
Herr Sellung	Dezernat I

Herr Hansen	FDP-Fraktion
Herr Küppers	SPD-Fraktion
Herr Ludwig	Grüne Fraktion
Herr Rahn-Bergner	SPD-Fraktion

als Schriftführerin:

Frau Sander	Fachbereich Verwaltungsleitung
-------------	--------------------------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Abhaltung der Fragestunde wurde ordnungsgemäß durch Veröffentlichung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt hingewiesen.**
- 3 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 27.02.2019 (öffentlicher Teil)**
- 4 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen**
- 5 **Kindertagesstättenbedarfsplanung 2019/2020
Vorlage: FB 45/0577/WP17**
- 6 **III. Änderung Bebauungsplan Nr. 800 - Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen/Heerlen - für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Richterich zwischen Staatsgrenze Niederlande/ Deutschland, Alter Heerler Weg und Bocholtzer Weg
hier: Satzungsbeschluss gem. §10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: FB 61/1115/WP17-1**
- 7 **Entwurf des Gesamtabschlusses 2014
Vorlage: FB 20/0190/WP17**
- 8 **Olympiabewerbung
Vorlage: FB 01/0528/WP17**
- 9 **ASEAG, gewoge AG, STAWAG, E.V.A. GmbH: Vorschlag für die bis zur nächsten Kommunalwahl befristete Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern gem. § 113 GO NRW i.V.m. § 50 Abs. 4 GO NRW
Vorlage: FB 20/0193/WP17**
- 10 **Anfragen:**
 - 10.1 **Ratsanfragen
Vorlage: FB 01/0534/WP17**

- 10.2 **Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen**
Vorlage: FB 01/0535/WP17

- 11 **Ratsanträge**
Vorlage: FB 01/0533/WP17

- 12 **Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien**

- 13 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 14 **Neufassung des 6. Nachtrages zur Parkgebührenordnung**
Vorlage: B 03/0136/WP17

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 27.02.2019
(nichtöffentlicher Teil):**
- 3 **Bericht aus der Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen:**
- 4 **Bürgerschaftsangelegenheiten:**
- 5 **Ehrungen im Sport durch die Stadt Aachen und den
Stadtsportbund Aachen e.V.:**
Vorlage: FB 52/0107/WP17
- 6 **Personalangelegenheiten:**
- 7 **Grundstücksangelegenheiten:**
 - 7.1 **Ankauf eines Grundstücks in Aachen-Walheim: Föhrenweg 5, von der Bundesanstalt für
Immobilienaufgaben**
Vorlage: FB 23/0529/WP17
 - 7.2 **Windkraftanlage der Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG in Aachen, Münsterwald;
Nachtrag zum bestehenden Gestattungsvertrag**
Vorlage: FB 23/0530/WP17
- 8 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Der Rat fasste die nachstehenden Beschlüsse.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden zur 59. Sitzung des Rates der Stadt Aachen in der 17. Wahlperiode und teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 12 des öffentlichen Teils entfallen können.

Seitens der Ratsmitglieder werden keine Anträge auf Änderung der Tagesordnung gestellt.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Abhaltung der Fragestunde wurde ordnungsgemäß durch Veröffentlichung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt hingewiesen.

Es liegen keine schriftlichen Fragen vor und der Oberbürgermeister bittet die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner, ihre Fragen zu stellen.

1. Frage von Herrn H., Aachen
betr.: Windkraftanlage
- gerichtet an Ratsherrn Neumann

Herr H. bezieht sich auf das ergangene Gerichtsurteil in seinem Verfahren gegen die Stadt Aachen und fragt nach, ob der Bau von Windrädern nun geduldet bzw. unterstützt werde.

Ratsherr Neumann, Grüne Fraktion, erklärt, dass die Grünen sich ganz klar gegen die auf Landesebene getroffenen Regelungen, die den Ausbau im Wald und die Abstandsregelung betreffen, positioniert hätten und es begrüßen würden, wenn es Möglichkeiten gäbe für die Bürgerinnen und Bürger, mehr Windanlagen zu errichten. Wenn man es in Aachen mit den Klimaschutzziele ernst meine, dann müsse auch darüber diskutiert werden, die erneuerbaren Energien auszubauen und der Stadtrat müsse sich ernsthaft Gedanken über eine neue Bewertung darüber machen, wo man in Aachen Windenergie ausbauen könne.

2. Frage von Frau H., Aachen
betr.: Radschutzstreifen
- gerichtet an Ratsherrn Fischer

Frau H. nimmt Bezug auf den Fahrradunfall mit tödlichem Ausgang auf der Vaalser Straße vor einigen

Wochen und die mittlerweile vorgenommene rote Einfärbung des Radschutzstreifens und fragt nach, ob nicht auch die Möglichkeit zur Auftragung eines deutlich sichtbaren Radschutzstreifens im Bereich Zollernstraße, Wilhelmstraße und Theaterstraße bestünde.

Ratsherr Fischer, Grüne Fraktion, bietet an, diese und ggf. weitere Stellen gemeinsam mit der Verwaltung zu besichtigen und vielleicht im direkten Gespräch über die Chancen und Möglichkeiten einer Veränderung und einer Herstellung sicherer Verkehrsanlagen zu erörtern und damit bereits Fortschritte zu erzielen.

3. Frage von Herrn F., Aachen
betr.: Grünentwicklung in der Stadt Aachen
- gerichtet an den Oberbürgermeister
-

In Aachen habe man nie so viel Grünzerstörung und Grünflächenvernichtung erlebt wie in den letzten Jahren, so Herr F. In der Wintersaison sei ein neuer Höhepunkt erreicht worden, weil städtischer Grünflächenverbrauch für Wohnen, Gewerbe und neuem Verkehrswegebau und ausgedehnte, rücksichtslose Kahlschläge durch Straßen NRW, Deutsche Bahn, RWTH und Versorgungsunternehmen aller Art zusammengetroffen seien. Dem gegenüber demonstrierten viele Bürgerinnen und Bürger für mehr Artenschutz. Die Stadt hingegen ließe ganze, ökologisch bedeutsame Kleingärten zerstören. Ständig werde über Umwelt-, Klima- und Naturschutz geredet, aber in letzter Zeit verstärkt dagegen verstoßen. Bäume, die als Ausgleich gepflanzt worden seien, würden nach nur 30 Jahren häufig wieder wegen neuer Umbau- oder Neubaumaßnahmen von Fällungen bedroht. Im Luftreinhalteplan der Stadt Aachen spielten Grünstrukturen, obwohl gerade sie es seien, die Luftreinhaltung betrieben, keine Rolle. Die übergreifende Frage laute, wie vor diesem Hintergrund eine ökologisch glaubwürdige Stadtgrünentwicklung vollzogen werden solle.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass er den Eindruck, den Herr F. zu erwecken versuche, nicht teile. Es gebe beispielsweise eine Entwicklung im Bereich Landschaftsplan, bei der die Stadtverwaltung eine sehr deutliche Vergrößerung der Lebensräume für Insekten, für Tiere und eine Vergrößerung von Grünbereichen manifestieren wolle, die wiederum auf Kritik bei anderen Interessengruppen stoße. Das Thema werde in zwei Tagen mit der Landwirtschaft beraten und da sei die Verwaltung in der Rolle, eben genau diese Ausweitung von Grünflächen, Schutzzonen, Landschaftsschutzgebieten, Grünstreifen und Bewuchs zu verteidigen und weiter nach vorne zu bringen.

4. Frage von Frau B., Aachen
betr.: Klimaschutzziele
- gerichtet an den Oberbürgermeister
-

Frau B. verweist auf die soeben vor dem Rathaus stattgefundene Demonstration von Greenpeace Aachen, weil Aachen seine CO₂-Ziele nicht einhalte und sein selbst gestecktes CO₂-Minderungsziel für 2020 deutlich verfehle. Sie fragt nach einer Erklärung, warum mit den bisherigen Anstrengungen das Ziel so massiv verfehlt werde.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass er die Frage schriftlich beantworten werde.

5. Frage von Frau R., Aachen
betr.: Klimaschutzziele
- gerichtet an den Oberbürgermeister

Frau R. fragt, welche Sofortmaßnahmen der Oberbürgermeister zu ergreifen gedenke, um die CO2-Emissionen kurzfristig deutlich zu senken.

Auch diese Frage werde er schriftlich beantworten, da sie eine Teilmenge der vorigen Frage sei, so der Oberbürgermeister.

6. Frage von Herrn W.-P., Aachen
betr.: Parkticket-Bonusprogramm
- gerichtet an die Ratsherren Baal und Servos

Er habe in der Zeitung von der Einführung eines sogenannten Parkticket-Bonusprogramms und der heutigen Beratung darüber gelesen, so Herr W.-P., und er bitte um Erklärung, wie das Parkprämiensystem zu dem Ziel der CO2-Senkung im motorisierten Individualverkehr passe.

Ratsherr Baal, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erklärt, dass lediglich im Rahmen der Antragstellung zum Thema Förderung des Einzelhandels in der Innenstadt diskutiert worden sei, dass das Thema Parken und Einzelhandel in der Innenstadt zusammen betrachtet werden müsse. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehe das Thema nicht und es gebe auch keinen Antrag, ein Parkprämiensystem einzuführen.

Der Fragesteller hakt nach, ob es nicht zielführender sei, die Autos aus der Innenstadt rauszuholen und ein Park & Ride-System einzuführen und mehr Platz für Fahrräder zu haben. Dies klappe in anderen Städten und sei ein Weg, die CO2-Klimaziele zu erreichen.

Ratsherr Baal führt aus, dass man einen ganz breiten Fächer von Maßnahmen umgesetzt haben wolle. Dazu gehörte z.B. das Parken von Autos in Parkhäusern anstelle am Straßenrand und damit verbundenem Parksuchverkehr, dazu gehörten ebenfalls adäquate Möglichkeiten für elektrische Fahrzeuge und das Abstellen von Fahrrädern und dazu gehörte ein Mobilitätsangebot, was den ÖPNV angehe. Man sei insgesamt nicht zufrieden mit der Erreichung der selbst gesteckten Klimaziele, man sei auch nicht zufrieden mit dem Stand des Einsatzes der Elektromobilität in der Stadt, aber die ASEAG könne derzeit keine elektrischen Busse beschaffen, weil der Hersteller abgebrannt sei. Aachen sei viel mehr als andere Großstädte in vergleichbaren Lagen darauf ausgerichtet, Elektromobilität einzuführen und dies sei seiner Meinung nach auch ein wesentlicher Schlüssel, um bei den anderen Schadstoffbelastungen besser abzuschneiden.

Aufgrund der sehr kurzen heutigen Tagesordnung erlaubt der Oberbürgermeister ausnahmsweise eine

zweite Antwort.

Ratsherr Servos, Vorsitzender der SPD-Fraktion, erklärt, dass er zum einen das Engagement super und zum anderen die Ziele richtig finde und drittens klar machen möchte, dass man anhand der Dinge, die bereits beantragt seien, diese Ziele auch politisch verfolgen. Ein Bonussystem für PKW-Fahrer in APAG-Parkhäusern, um Suchverkehr am Fahrbahnrand zu vermeiden, sei nur ein kleiner Punkt von vielen. Wesentlich detaillierter und intensiver habe man sich mit dem Thema Abstellplätze für Fahrräder in der Innenstadt beschäftigt, es gebe darüber hinaus einen Antrag, der die Umwandlung von Parkplätzen in Parkhäusern für Fahrräder vorsehe. Es gebe einen Antrag, der die Verwaltung auffordere, ein Konzept für Fahrradabstellanlagen rund um Bahnhöfe zu entwickeln, und es gebe einen Antrag, der explizit entlang der Hauptfahrradtrassen Servicestationen für Fahrräder und Lademöglichkeiten für Pedelecs vorsehe.

7. Frage von Frau Z., Aachen
betr.: Sichere Radwege
- gerichtet an den Oberbürgermeister
-

Frau Z. stellt fest, dass an vielen Hauptverkehrsstraßen wie der Roermonder Straße oder dem Adalbertsteinweg Radfahren sehr gefährlich sei, da es dort keine Radwege gebe und fragt nach, bis wann man damit rechnen könne, dass es sichere Radwege auf diesen Verkehrsachsen geben werde.

Der Oberbürgermeister erklärt, die aus heutiger Sicht beste Lösung sei eine andere als die vor 20 oder 30 Jahren beschlossene. Grundsätzlich habe man bei den Radialen ein Konzept, was eher in Richtung einer Radwegeführung über die vorhandenen Nebenstraßen gehe. Planung sei also nicht, sozusagen breitestmögliche Fahrradstraßen am Adalbertsteinweg anzulegen, da dort auch die unmittelbare Konkurrenz zum Busverkehr bestehe und es andere Wege gebe, die besser geeignet seien zum Radfahren. Es sei eine Illusion zu glauben, dass es möglich sei, konfliktfreie Radwege in einer Innenstadt zu bauen. Er spricht Veränderungen im Bereich der Pedelecs an, die dazu führten, dass Fahrradwege heute anders gestaltet werden müssten, weil schneller gefahren werde. Auch E-Scooter, Elektroroller, Kleinfahrzeuge, die es bisher nicht gab, würden sich künftig auf dem gleichen öffentlichen Straßenraum bewegen und auch dazu müssten Lösungen gefunden werden. Ihm sei wichtig dafür zu sorgen, dass bei allen Konflikten, Überschneidungen, Überquerungen, die es in einer Stadt nun einmal gebe, der Grundsatz Regeleinhaltung und Rücksichtnahme im Verkehr wieder stärker in Augenschein genommen werde. Trotzdem sei er einer Meinung mit der Fragestellerin, dass im Radwegbau mehr getan und aus heutiger Sicht die Aufteilung der Verkehrsflächen verstärkt in Richtung Radfahrer ausgebaut werden müsse.

8. Frage von Frau K., Aachen
betr.: Verspätungen von Bussen
- gerichtet an den Oberbürgermeister
-

Frau K. spricht die häufigen Verspätungen von Bussen an, deren Hauptgrund sie darin sehe, dass Busse

mit den Autos gemeinsam im Stau und an roten Ampeln stünden. Mögliche Lösungen seien Busspuren, Sofortgrün an den Ampeln für Busse und eine Minderung des generellen Verkehrsaufkommens. Sie fragt nach, bis wann mit solchen Maßnahmen gerechnet werden könne.

Auch dies sei ein ständiger Prozess, antwortet der Oberbürgermeister. Es gehe um die Aufteilung von Verkehrsflächen, da gebe es unterschiedliche, konkurrierende Lagen. Ein wesentliches Problem sei z.B., dass Lieferfahrzeuge in zweiter Reihe stünden, um Pakete auszuliefern. Die Lösung liege also nicht allein darin, die Anzahl der Autos zu verringern, sondern möglicherweise auch darin, diese Behinderungssituation wieder zurückzuführen. Die Lösung liege möglicherweise auch darin, die technischen Möglichkeiten von Ampelsteuerungen anders auszurichten und zukünftig mit einem intelligenteren System den Verkehr flüssiger zu machen. Leider sei es so, dass es bis zur Umsetzung solcher Konzepte immer eine Weile dauere und insofern könne er die Ungeduld der Fragestellerin verstehen.

9. Frage von Frau G., Aachen
betr.: Lenkungswirkung durch Erhöhung von Parkgebühren
- gerichtet an Ratsherrn Servos
-

Frau G. stellt fest, dass die Politik sich durch die Erhöhung der Parkgebühren eine Lenkungswirkung erhoffe, die dazu führe, dass weniger Autos am Straßenrand parken und fragt nach, was dann mit dem frei gewordenen Platz getan werden solle.

Es wäre schön, wenn es frei gewordenen Platz gäbe, so Ratsherr Servos, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Gäbe es ihn, würden Menschen umsteigen auf Bus und Bahn, gäbe es nicht so viele Hügel oder mehr Pedelecs, wäre man schon so weit mit den Fahrradstraßen, dann würde man sicherlich diesen Platz nutzen für mehr Grünanlagen. Dies sei aber rein hypothetisch. Zunächst brauche man ein Angebot, das attraktiv genug sei, denn die Menschen seien nun mal auf Mobilität angewiesen. So lange man keine gute Alternative habe, sei man auf das Auto angewiesen oder wolle es vielleicht auch einfach benutzen und so lange habe man diesen Platz nicht, weil die Autos irgendwo geparkt werden müssten. Es müssten bessere Angebote geschaffen werden, um in den Parkhäusern der APAG zu parken, z.B. in Quartiersgaragen. Auch die Erhöhung der Parkgebühren und die Verkürzung der Parkdauer würden nicht dazu führen, dass die Parkplätze nicht mehr belegt seien, sondern nur dazu, dass mehr Anwohner die Parkplätze nutzen würden. Am Ende gehe es nicht ohne ein massentaugliches System in der Stadt und deswegen sei die Regiotram einer der Ansätze, wo man auf einem kurzen Stück vorführen wolle, wie cool eine solche Bahn sei, sodass eine Ausweitung dann perspektivisch einfacher sei.

10. Frage von Frau W., Aachen
betr.: Kosten des ÖPNV
- gerichtet an den Oberbürgermeister
-

Frau W. stellt fest, dass es derzeit deutlich günstiger sei, aus den Vororten mit dem Auto in die Stadt zu fahren, als den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und fragt, ob der Oberbürgermeister dies für

gerechtfertigt halte vor dem Hintergrund der deutlich höheren CO2-Emissionen der PKWs gegenüber dem öffentlichen Nahverkehr.

Der Oberbürgermeister hält es für ein Gerücht, dass es günstiger sei, mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren als mit dem ÖPNV. Das käme natürlich sehr stark darauf an, welche Strecke man fahre, was man für ein Auto habe, wie lange man wo parke und wie die allgemeine Nutzung des Autos sei. Jeder, der ehrlich rechne, würde sich wundern, wie viel ein Auto im Monat koste, wenn man alles zusammenzähle und wie viele Bustickets er dafür zahlen und wie oft er dafür in die Stadt fahren könne. Einschließlich aller Nebenkosten sei dies eine Rechnung, die jeder individuell machen müsse. Vor allem aber glaube er, sei die wichtigste Entwicklung neue Angebote zu machen, die die Verknüpfung von Radfahren, Busfahren und Verkehrsmitteln wie Carsharing beinhalten. Das sei letztlich der Kern der Verkehrswende und wenn es eine Stadt gebe, die aktiv an der Verkehrswende arbeite, dann sei dies Aachen.

Am Ende der Fragestunde übergibt Frau B. einen Forderungskatalog an den Oberbürgermeister.

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 27.02.2019
(öffentlicher Teil)**

Dieser Tagesordnungspunkt war verwaltungsseitig zurückgezogen worden.

**zu 4 Über- und außerplanmäßige
Aufwendungen/Auszahlungen/Verpflichtungsermächtigungen**

Dieser Tagesordnungspunkt war verwaltungsseitig zurückgezogen worden.

**zu 5 Kindertagesstättenbedarfsplanung 2019/2020
Vorlage: FB 45/0577/WP17**

Der Oberbürgermeister verweist auf die im Kinder- und Jugendausschuss am 05.02.2019 geänderte Beschlussfassung.

Ratsherr Pütz, Piratenfraktion, erklärt, dass er darauf angesprochen worden sei, dass auch die Kita NordKinder gerne in die KiBiz-Förderung aufgenommen würde, ihnen aber die Förderung mit der Aussage, eine genügend hohe U3-Deckung dort zu haben, versagt würde. Dies möge zwar rein zahlenmäßig in Ordnung sein, aber in der Politik solle man nicht einfach nur wissenschaftlich aufrechnen. Er halte es nicht für eine gute Idee, engagierte Personen vor den Kopf zu stoßen und schlage vor, den Beschlussentwurf dahingehend zu ändern, dass diese Kita in die Förderung mit einbezogen werde.

Beigeordnete Schwier teilt mit, dass der Bedarf bei den NordKindern aktuell nicht gesehen werde, die Verwaltung allerdings im Moment in intensiven Gesprächen mit den Beschäftigten und Verantwortlichen dieser Einrichtung sei, um für das nächste oder übernächste Jahr Möglichkeiten zu entwickeln, dort tatsächlich noch Kinderbetreuung zu installieren.

Ratsherr Servos, Vorsitzender der SPD-Fraktion, weiß aus eigener Erfahrung um die gute Arbeit der dort Beschäftigten und auch um den Bedarf im Viertel. Er versichert, dass unabhängig von der Entscheidung einer KiBiz-Förderung oder nicht über alle Fraktionsgrenzen hinweg daran gearbeitet werde, eine Lösung zu finden, wie die Anzahl der Betreuungsplätze sichergestellt werden könne, erst mal vielleicht mit Zwischenlösung und dann ggf. langfristig. Es gelte die Ziele für die Gesamtstadt gegen die Ziele für dieses Viertel und diese konkrete Einrichtung abzuwägen. Die Grundlagenbeschlüsse des Fachausschusses ließen derzeit keinen anderen Beschluss als den hier vorliegenden zu, aber das heiße nicht, dass man nicht gleichzeitig dafür Sorge, dass diese Einrichtung, so wie sie sei und mit der hohen Qualität möglichst langfristig erhalten bleiben könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen mehrheitlich wie folgt:
Der Rat der Stadt beschließt

1. die vorgelegte Kindertagesstättenbedarfsplanung 2019/2020 und die damit verbundene Erhöhung des Platzangebotes für ü3-Kinder im Umfang von 84 und für U3-Kinder im Umfang von 71 Plätzen in KiBiz-geförderten Kindertageseinrichtungen.
2. zur Abdeckung unvorhergesehener Bedarfe die Anmeldung einer Not-KITa mit insgesamt 60 Plätzen (40 in Gruppenform III c und 20 in Gruppenform I c) in Trägerschaft eines „anderen Trägers“.

zu 6 III. Änderung Bebauungsplan Nr. 800 - Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen/Heerlen - für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Richterich zwischen Staatsgrenze Niederlande/ Deutschland, Alter Heerler Weg und Bocholtzer Weg
hier: Satzungsbeschluss gem. §10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: FB 61/1115/WP17-1

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt mit einer Enthaltung den Bericht der Verwaltung zur III. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 800 zur Kenntnis.

Er weist nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange die zu sämtlichen Verfahrensschritten vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurück.

Der Rat der Stadt beschließt die III. Änderung Bebauungsplan Nr. 800 – Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Aachen/Heerlen – für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Richterich zwischen Staatsgrenze Niederlande/Deutschland, Alter Heerler Weg und Bocholtzer Weg gen. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.

zu 7 Entwurf des Gesamtabchlusses 2014

Vorlage: FB 20/0190/WP17

Beschluss:

Der Rat nimmt den von der Stadtkämmerin aufgestellten und vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Gesamtabchlusses 2014 einstimmig zur Kenntnis.

zu 8 Olympiabewerbung

Vorlage: FB 01/0528/WP17

Ratsherr Deumens, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, stellt fest, dass der in der Vorlage formulierte olympische Gedanke vielleicht irgendwann mal existiert habe, dies aber schon seit langem nicht mehr tue. Wenn man sich mit dem IOC und dem, was dort in den letzten Jahren und Jahrzehnten passiert sei, beschäftige, so sage er ganz deutlich, die Mitglieder des IOC seien korrupt. Athletinnen und Athleten wollten gute Leistungen bringen, die Verbände würden sie immer stärker unter Leistungsdruck setzen, die Sponsoren hegten Erwartungen und es gebe leider auch eine Reihe von Staaten, die ihre Sportler unter Druck setzten. Der IOC habe die Agenda 2020 vorgelegt, die auch von der Initiative Rhein Ruhr City 2032 aufgegriffen worden sei. Da sei die Rede von kostenbewussten und nachhaltigen Spielen, der Nutzung von bestehenden Sportstätten und es werde sich auch gegen den Gigantismus verwahrt, den es bei früheren Olympischen Spielen gegeben habe. Er glaube jedoch nicht, dass diese Ideen das Resultat der Einsicht der Mitglieder des IOC, sondern vielmehr der Änderung des öffentlichen Bewusstseins geschuldet seien. Wenn es zur Olympia-Bewerbung und dann sogar noch zu einem Zuschlag komme, wie sähe es dann hinter den Kulissen aus? Da sei das mächtige, in Teilen korrupte IOC, da sei das Interesse der Sponsoren, und ob es vor diesem Hintergrund wirklich zu einfachen Spielen käme, sei dahingestellt. Seine Fraktion glaube, dass die Spiele teurer würden als erwartet und damit auch den städtischen Haushalt mehr belasten würden, als man vielleicht bei einer Bewerbung annehme. Und wenn man ehrlich sei, dann sei auch die angesprochene Nachhaltigkeit nie eingetreten, die Menschen hätten im Nachhinein nichts von den Olympischen Spielen gehabt. Ein Vertreter der Rhein Ruhr City GmbH sei in der Fraktion zu Gast gewesen und habe u.a. darauf hingewiesen, dass die viel beschworene Mobilitätswende, aber auch Verbesserungen in der Infrastruktur sicher besser umgesetzt werden könnten, wenn denn der Zuschlag für die Olympischen Spiele erfolgen würde. Es sei aber eine originäre staatliche Aufgabe, Mobilität zu organisieren, voranzubringen und Verbesserungen in der Infrastruktur zu erreichen. Das habe der Staat im Sinne und zum Wohle der Bürger zu leisten. Es sei auch gesagt worden, man könne die Olympischen Spiele zum Anlass nehmen, verstärkt über die Vermeidung von Plastikmüll zu sprechen. Dazu brauche man aber die Olympischen Spiele nicht, 2032 sei außerdem viel zu spät, die Vermeidung von Plastikmüll brauche man sehr viel früher. In der Vorlage sei ausgeführt, dass die hohe politische Akzeptanz einer Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region durch die Erklärung von 14 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, zu denen auch Herr Philipp gehöre, dokumentiert sei. Die politische Akzeptanz werde jedoch von anderen Gremien festgelegt. Die Bewerbung befinde sich ja noch in einem sehr frühen Stadium und es gehe heute nicht darum, ob einer Bewerbung zugestimmt

werde oder nicht. Aber seine Fraktion sage schon heute, dass sie die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2032 in der Rhein-Ruhr-Region ablehnen werde.

Skepsis sei sicher angebracht, wenn man sich die letzten Olympischen Spiele anschauere, so Ratsherr Servos, Vorsitzender der SPD-Fraktion, es gebe aber auch sehr positive Beispiele wie London oder Barcelona. Wenn es gut gemacht werde, könne es durchaus Vorteile haben. Er sehe, dass hier vielleicht erstmals ein Ansatz vorliege, der auf einer Bewegung von unten heraus basiere oder zumindest basieren solle. Auch seine Fraktion habe Herrn Mronz eingeladen und habe sich die sehr umfangreichen Konzeptpapiere und welche Sportstätte wofür genutzt werden solle, schon angesehen. Er finde es grundsätzlich richtig, Olympische Spiele durchzuführen, weil sie für viele Sportarten das einzige Forum seien, auf eine Weltbühne zu kommen. Wichtig sei jedoch, dass solche Spiele nicht nur als nachhaltig und graswurzelinitiiert beschrieben würden, sondern es müsse eine Graswurzelbewegung der Sportvereine und derjenigen sein, die in den Sportvereinen den Sport wirklich betreiben würden. Auch ein kleiner Verein müsse mit seinen Mitgliedern über dieses Thema diskutieren und Olympia unterstützen wollen. Dies sehe er im Moment noch nicht, wolle es aber auch nicht ausschließen. Wenn die Stadt Aachen aber sage, sie arbeite an der Olympiabewerbung mit und unterstütze sie, dann müsse sie es aber auch hinkriegen, ein Umkleidehäuschen auf der Hörn, eine Volleyballhalle und eine innerstädtische Sporthalle zu bauen. Seine Fraktion werde die zustimmende Kenntnisnahme gerne mit beschließen und bitte darum, dass in den weiteren Gesprächen mit der Initiative Rhein Ruhr auch die Grundlagen des Breitensports und die Einbindung der im Verein Sporttreibenden entsprechend forciert werde, denn nur dann könne man ausschließen, dass es am Ende doch wieder die korrupten Spiele würden.

Ratsherr Pütz, Piratenfraktion, würde die zustimmende Kenntnisnahme leichter fallen, wenn das Planungspapier, das der Oberbürgermeister im April vergangenen Jahres entgegengenommen habe, den Unterlagen beigelegt wäre.

Seine Fraktion werde dem Tagesordnungspunkt zustimmen, teilt Ratsherr Baal, Vorsitzender der CDU-Fraktion, mit. Bei den Überlegungen habe man nicht beim IOC, sondern bei Aachen angefangen und sich die Frage gestellt, ob so eine große Sportveranstaltung, die den Fokus auf die Stadt lenke, für eine Stadt wie Aachen von Vorteil oder nicht von Vorteil wäre. Mit den Aktivitäten rund um den Reitsport, was Welt- und Europameisterschaften angehe, habe man die Erfahrung gemacht, dass so große Sportveranstaltungen für die Stadt von Vorteil seien. Sie brächten Menschen in die Stadt, sie brächten einen Impuls in den Tourismus, sie würden Aufmerksamkeit auf die Stadt lenken und sicherlich sei die öffentliche Aufmerksamkeit von Olympischen Spielen viel höher zu bewerten als die öffentliche Aufmerksamkeit für eine Reit-WM. Aus den reitsportlichen Veranstaltungen habe man auch die Erfahrung gemacht, dass bereits ein Bewerbungsprozess als solcher von Vorteil sein könne. Diese Erfahrung wolle man weiter verfolgen. Es liege genau die richtige Vorlage zum genau richtigen Zeitpunkt vor und er empfehle, dass die weiteren Beratungen vom Hauptausschuss begleitet werden.

Ratsfrau Seufert, Sprecherin der Grünen Fraktion, teilt mit, dass Rhein Ruhr City grundsätzlich nach einem spannenden Projekt klinge, ihre Fraktion heute aber noch nicht sagen könne, ob sie grundsätzlich eine Bewerbung unterstütze. Dazu brauche man noch viel mehr Informationen, wie z.B. welche

Auswirkungen das für die Stadt habe und welche Kosten auf die Stadt zukämen. Der wichtigste Schritt vor einer Bewerbung sei unbedingt eine Bürgerbeteiligung, denn die gescheiterten Olympia-Bewerbungen von Hamburg und München hätten ja gezeigt, dass dieses Großereignis durchaus kritisch zu bewerten sei.

Seine Fraktion sehe einer Teilnahme an einer Bewerbung positiv entgegen, so Ratsherr Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion bedanke sich bei der Verwaltung für den Sachstandsbericht und sei auch der Meinung, dass nur eine Beteiligung an den Vorplanungen eine kritische Begleitung gewährleisten könne. Wenn es tatsächlich zu Olympischen Spielen 2032 an Rhein und Ruhr komme, müsse Aachen auf jeden Fall in Sachen Reitsport dabei sein.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung bei sechs Gegenstimmen mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis.

- zu 9 ASEAG, gewoge AG, STAWAG, E.V.A. GmbH: Vorschlag für die bis zur nächsten Kommunalwahl befristete Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern gem. § 113 GO NRW i.V.m. § 50 Abs. 4 GO NRW
Vorlage: FB 20/0193/WP17**

Ratsfrau Begolli, Fraktion DIE LINKE, erklärt, dass ihre Fraktion sich bei dem Punkt enthalten werde, da beim Aufsichtsrat der gewoge der Wählerwille für die Besetzung nicht zu 100 % wiedergespiegelt werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt bei fünf Enthaltungen die unmittelbare Entsendung bzw. schlägt die Entsendung und Wiederwahl der bisherigen Vertreter der Stadt Aachen durch die jeweils zuständigen Gremien in die Aufsichtsräte der ASEAG, gewoge AG, STAWAG und EVA GmbH vor. Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder endet mit der Entsendung bzw. Neuwahl nach der Kommunalwahl 2020.

zu 10 Anfragen:

- zu Ratsanfragen
10.1 Vorlage: FB 01/0534/WP17**

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass mit den Unterlagen eine neue Ratsanfrage versandt und eine weitere als Tischvorlage ausgelegt wurde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen

einstimmig zur Kenntnis.

zu Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen

10.2 Vorlage: FB 01/0535/WP17

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass sechs Stellungnahmen Ratsanfragen vorliegen und ausgelegt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen Ratsanfragen zur Kenntnis.

zu 11 Ratsanträge

Vorlage: FB 01/0533/WP17

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass zehn neue Ratsanträge eingegangen sind und versandt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeister).

zu 12 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien

Es liegen keine Anträge auf Umbesetzung vor.

zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass die Genehmigung des Haushaltes ohne Bedingungen, Einschränkungen oder Hinweise am heutigen Tag per Fax gekommen sei.

zu 14 Neufassung des 6. Nachtrages zur Parkgebührenordnung

Vorlage: B 03/0136/WP17

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine kleine Korrektur handele, da bei der Änderung der Parkgebührenordnung die Parkzeitregelung für Elektroautos nicht so angepasst wurde, wie der ursprüngliche Gedanke war und dies jetzt nachgeholt werde.

Ratsfrau Lux, AfD, wird dem Nachtrag zur Parkgebührenordnung nicht zustimmen. Es könne nicht sein, dass eine gehobene Mittelschicht, die sich ein Elektroauto leisten könne, nicht nur gratis parken könne, sondern nun auch noch länger als andere Kfz-Halter den Parkplatz blockiere. Würde man Elektromobilität stärken wollen, solle man hauptsächlich in eine funktionierende Ladeinfrastruktur investieren und keine Konkurrenzsituation schaffen.

Auch die FDP-Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen, erklärt Ratsherr Blum, da diese Entscheidung im absoluten Widerspruch zum vor einiger Zeit beschlossenen Luftreinhalteplan stehe, in dem ausführlich dargestellt sei, dass eine Verringerung des Individualverkehrs und ein Umstieg auf den ÖPNV gewollt sei. Elektroautos seien zwar emissionsarm, würden aber genauso Platz und Parkplätze benötigen wie andere Autos. Die Anzahl der Fahrzeuge in der Stadt würde daher zunehmen, es bestehe eine größere Gefahr für weitere Staus und es käme zu weiterem Parksuchverkehr.

Was als Tarifvorschlag vorliege, sei aber genau das, was im Rahmen der Debatte um den Luftreinhalteplan am 14.11.2018 im Rat beschlossen worden sei, so Ratsherr Baal, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Als zusätzlichen Anreiz habe man die Parkdauer für Elektrofahrzeuge erhöht, was man zurücknehmen müsse, wenn der Anteil von Elektrofahrzeugen nennenswert sei. Jetzt hinzugehen und zu sagen, man sei gegen die Begünstigung von Elektrofahrzeugen, weil man wolle, dass die Menschen auf den ÖPNV umsteigen, verkenne vollkommen die Situation. Rd. 60/62 % der Pendler würden den PKW nutzen, auf den ÖPNV entfielen ein Anteil von 13/14 %. Auf den Hauptachsen gebe es keine Kapazität mehr, mit Elektro- oder Dieselbus zusätzliche Mengen an Pendlern in die Stadt zu bringen. Derzeit versuche man, die Mobilität in der Region anders zu organisieren mit dem Projekt Regiotram, die aber nur die Achse Richtung Würselen, Alsdorf und Baesweiler betreffe.

Der Oberbürgermeister erwähnt, dass man über zwei Stunden rede und Pendler, die nur anderthalb Stunden arbeiten würden, eher die Ausnahme seien.

Ratsfrau Breuer, CDU-Fraktion, hätte eine solche Diskussion nicht erwartet, da im Mobilitätsausschuss Einigkeit darüber geherrscht habe, die Elektromobilität nach vorne zu bringen.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es wichtig sei, die Parkscheibe auszulegen. Zwei Stunden gelte dies. Der eigentlich entstehende Effekt sei eine Entlastung der Ladesäulen, denn zurzeit würden viele Elektroautofahrer sich einen Stellplatz an einer Ladesäule suchen, auch wenn sie nicht zwingend laden müssten. Wenn man wolle, dass die im Moment noch relativ geringe Anzahl von Ladesäulen möglichst für die frei blieben, die tatsächlich laden müssten, müsse man ein Ventil schaffen. Das sei der Kern der Regelung, die in der Praxis auch funktioniere.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt bei vier Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung die geänderte Fassung des 6. Nachtrages zur Parkgebührenordnung.